

Jagd | Neuer Anlauf, um die Jagd per Gesetz verbieten zu lassen

Jagdgegner nehmen erneut die Jagd ins Visier

Kaum eine andere Tätigkeit ist derart umstritten wie die Jagd. Immer wieder machen Jagdgegner gegen die Jagd mobil. Aktuell sind Vorkehrungen im Gange, deren Ziel es ist, die Jagd per Gesetz zu verbieten.

WERNER KODER

Unsere Vorfahren überlebten als Jäger und Sammler. Während Abertausenden von Jahren. Das ist eine unbestrittene Tatsache. Und immer noch steckt die Jagd den Menschen im Blut.

2006 scheiterten die Jagdgegner

Diese Haltung sei aber heute völlig überholt und fehl am Platz, finden Jagdgegner, die sich in zahlreichen Gruppierungen gegen die Jagd organisieren. Für die Mitglieder der Verbände wie «Anti-Jagd», «Jagdskritik» oder «Wildtierschutz» ist das Waidwerk ein rotes Tuch. Am liebsten möchten sie die Jagd gesetzlich verbieten lassen. Einen ersten Schritt unternahmen sie bereits im Jahre 2006. Damals kam aber die von den Jagdgegnern angestrebte Volksabstimmung zur Abschaffung der Jagd nicht zustande, weil es den Initianten nicht gelungen war, die dafür erforderlichen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen.

Im Kanton Genf darf seit 1974 nicht gejagt werden

Nun soll mit frischem Wind ein neuer Anlauf erfolgen, wie der «Blick» gestern berichtete. Demzufolge planen Jagdgegner neue jagdkritische Volksinitiativen. Das bestätigte der Tessiner Tierschützer Carl Sonnthal gegenüber dem «Blick»: «Wir starten sobald als möglich. Unser Ziel ist mehr Tierschutz.» Noch sei aber offen, ob man kantonale Volksinitiativen oder gleich eine eidgenössische Initiative lancieren werde. Den Gegnern schwebt vor, nach dem Vorbild des Kantons Genf Jagdverbote einzuführen. Genf ist nämlich der einzige Kanton der Schweiz, in dem es nur eine Staatsjagd

gibt. Anstelle der Jäger übernehmen aktuell rund zehn staatliche «Umwelthüter» nicht nur das Wildtier-Management, sondern auch die Betreuung der Naturreserve und die Überwachung der Fischerei. «Das Beispiel Genf beweist, dass es auch in der dicht besiedelten Kulturlandschaft ohne Jäger geht», betonte Jagdgegner Sonnthal.

«Im Wallis wäre eine Staatsjagd mit unseren sehr grossen Wildbeständen nicht finanzierbar»

Peter Scheibler,
Chef der Dienststelle für Jagd,
Fischerei und Wildtiere

Liesse sich das Beispiel Genf etwa auch im Wallis anwenden? Für Peter Scheibler, Chef der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere, ist dieses Modell für das Wallis kein gangba-

rer Weg: «Genf als Stadtkanton hat im Vergleich zu Gebirgskantonen wie dem Wallis, dem Tessin oder Graubünden einen verschwindend kleinen Wildbestand, den man mit ein paar Berufsjägern kontrollieren kann. Im Wallis wäre die Staatsjagd mit unseren sehr grossen Wildbeständen gar nicht finanzierbar.» Zum Vergleich: Der Kanton Genf lässt sich die Jagd jedes Jahr rund 1,2 Millionen Franken kosten. Das sei billiger als eine Tasse Kaffee pro Genfer Einwohner, argumentierte Jagdgegner Sonnthal im «Blick». «Im Wallis liesse sich das mit diesem Betrag nicht erreichen. Bei uns würden die Kosten locker mehrere Millionen Franken betragen. Allein schon für die Lohnkosten, geschweige denn für die Wildschäden», erklärt Peter Scheibler. Der Jagdchef führt ein anderes Argument ins Feld. Nämlich, dass die Jagd mit dem heutigen Modell den Steuerzahler nichts kostet: «Unsere Jagd wird mit den Patentgebühren von über 2500 Jägern finanziert.»

Ohne Waidwerk geht es auch in Genf nicht

Die Jagdgegner fahren ein weiteres Geschütz auf: So hätte sich im Kanton Genf seit Mitte der 1970er-Jahre die Fauna und Biodiversität massiv verbessert. Auch dem widerspricht Scheibler: «Das wage ich zu bezweifeln. Meines Wissens ist die Biodiversität im Kanton Wallis um einiges höher als im Kanton Genf. Für mich sind das uneheliche Argumente der Jagdgegner. Denn auch im Kanton Genf geht es nicht ohne die Jagd. Nur wird dort von staatlich bezahlten Jägern das Wild in der Nacht erlegt.» Was auch die eidgenössische Jagdstatistik belegt: Demzufolge wurden im Jahre 2014 im Kanton 176 Wildschweine, zehn Füchse und ein Reh geschossen.

Der Jäger als Raub- und Mordgeselle?

Jagdgegner behaupten auch gerne, Jäger seien mordlusterne Gesellen, die dank der Jagd ihre niedrigsten Triebe auf legale Weise befriedigen dürfen. Solche und ähnliche Aussagen

sind auf den zahlreichen Websites der Jagdgegner immer wieder zu lesen. «Das sind natürlich Aussagen, die mit der Wahrheit nichts zu tun haben. JagdSchweiz hat einen Kodex herausgegeben, wie sich Jäger waidmännisch auf der Jagd zu verhalten haben», teilt Adrian Zumstein, Vorstandsmitglied des Schweizer Dachverbandes JagdSchweiz, mit. Es stimme zwar, dass Jäger darauf aus seien, Beute zu machen und dadurch um das Töten eines Tiers nicht herumkämen. «Doch wir Jäger gehen nicht in den Wald und schießen mit Serienfeuer um uns. Im Gegenteil, wir jagen stark selektiv, damit eine nachhaltige Bestandsregulierung gewährleistet ist und die Wildschäden im Forst in einem erträglichen Rahmen bleiben», erklärt Zumstein. JagdSchweiz schaffe zudem die Voraussetzungen, damit die Jäger bezüglich Umgang und Treffsicherheit ihrer Waffen geübt seien. «Jagd bedeutet aber auch, auf einen Abschuss zu verzichten, wenn der Schuss nicht vielversprechend ist», so Zumstein.



Im Visier. Geht es nach dem Willen der Jagdgegner, sollen die Jäger wie hier im Bild der Gommer Präfekt Herbert Volken ihre geliebte Passion bald nicht mehr ausüben dürfen.

ARCHIVFOTO WB

KOLUMNE

Regieren

Wir alle – ich auch – kritisieren mitunter die Politikerinnen und Politiker. Häufig zu Recht, manchmal auch zu Unrecht. Wenn wir die Schweiz betrachten, hätten wir eigentlich wenig Grund, die «Classe politique» ständig in die Mangel zu nehmen. Dafür sprechen im Wesentlichen drei Gründe: Erstens ist die Schweiz das fünftreichste Land der Welt. Dies haben wir geschafft, ohne über Bodenschätze oder verkehrstechnisch besonders günstige Voraussetzungen zu verfügen. Der zweite Grund: Wir sind die viertglücklichste Nation der Welt. Schweizer sind also viel glücklicher als zum Beispiel unser nördlicher Nachbar, der in der World Database of Happiness weit abgeschlagen auf den hinteren Positionen rangiert. Und drittens belegen wir bei allen weltweit relevanten Innovations-Rankings einen Spitzenplatz, meistens sogar den ersten. Trotzdem haben wir das Gefühl, es könnte alles noch schneller vorangehen, noch effizienter gestaltet und konsequenter umgesetzt werden.

Als ich im letzten Sommer mit dem Rucksack durch die Highlands von Schottland wanderte, war die jeweilige Reaktion der Schotten: «Aus der Schweiz kommen Sie? So ein tolles Land. Und so eine starke Regie-

rung!» Im letzten Herbst in Deutschland dasselbe: «Sie leben im Paradies. Wenn wir auch so eine Regierung hätten!» Machen wir also doch etwas anders, vielleicht sogar besser als andere Nationen? Was sicher ein Vorteil unseres Regierungssystems ist: Im Parlament ist immer eine Mehrheit der Bevölkerung vertreten, weil wir kein Regierungs-/Oppositionssystem kennen wie viele unserer Nachbarn. Deshalb wird bei uns auch nicht alle vier oder acht Jahre, wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, vieles wieder auf den Kopf gestellt. Natürlich sind Konkordanzentscheidungen kaum einmal die besten Lösungen, doch sie sind immerhin Schritte zu einer Lösung, während in anderen Ländern auf der Suche nach dem Optimum der Berg häufig eine Maus gebiert.

In der chinesischen Geschichte haben die Kaiser jeweils das sogenannte Mandat des Himmels erhalten, um das Volk gut zu regieren. Das heisst, dass der Kaiser quasi den göttlichen Auftrag hatte, für das Wohl seiner Untertanen zu sorgen. Tat er dies nicht mehr, dann hatte das Volk das Recht und sogar die Pflicht, seinem Tun Einhalt zu gebieten, bis hin zum Kaisermord. In heutiger Lesart hat die Kommunistische Partei das Mandat des

Himmels inne. Wenn die Menschen in China ihren relativen Wohlstand durch Börsencrashes und Immobilienkrisen oder aufgrund von Korruption und Günstlingswirtschaft verlieren sollten, dann könnte das Reich der Mitte ins Chaos abgleiten. Deshalb ist die KP sehr nervös und teilweise repressiv.

Bei uns haben die Politikerinnen und Politiker das Mandat vom Volk erhalten, es gut zu regieren. Kürzlich hat ein prominenter Wirtschaftskapitän bei einem meiner Podiumsgespräche die Frage in die Runde geworfen: «Warum schaffen es die Schweizer Parteien nicht, nach den Wahlen den Wahlkampf mal für ein halbes Jahr ruhen zu lassen und stattdessen gemeinsam Lösungen zu erarbeiten für die sechs, sieben grössten Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben?» Antworten sind willkommen.

Martin Zenhäusern ist selbstständiger Unternehmensberater in Zürich



Martin Zenhäusern
martin@zen-com.com